

Hohenstein-Ernstthal-er Zeitschrift

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Kirchberg, Erlbach, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Küttengrund zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler“ Anzeiger erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in der Geschäftsstelle Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Als Extrablätter erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrierte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärts 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Sämtliche Anzeigen finden gleichzeitig im „Oberlungwitzer Tageblatt“ Aufnahme. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 11 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe eingehender Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 277.

Fernsprecher Nr. 151.

Sonnabend, den 28. November 1908.

Geschäftsstelle Bahnstr. 3.

35. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Justizminister Dr. von Otto hat den Ehrenvorsitz im sächsischen Richterverein niedergelegt.

Der Verein sächsischer Richter und Staatsanwälte hatte auf seiner in der vorigen Woche in Chemnitz abgehaltenen Tagung eine Entschließung gefaßt, in der er energisch die Verhinderung einlegte gegen die Aeußerung des Finanzministers Dr. von Ritter im Landtage, der die von den sächsischen Richtern für ihre Gehaltsordnung aufgestellten Forderungen „unbeschneiden“ und die Art der Agitation hierfür „bedenklich“ und „nicht dem Zweck, das er von einem Beamten habe, entsprechend“ genannt hatte. Diese Entschließung des Chemnitzer Richtertages scheint die Regierung arg verschupst zu haben. Denn man darf wohl die Tatsache, die jetzt von den sächsischen Regierungsorganen offiziell verbreitet wird, daß Justizminister von Otto den Ehrenvorsitz des Vereins sächsischer Richter und Staatsanwälte niedergelegt habe, als die Antwort auf die Entschließung betrachten. Uns scheint das, schreiben hierzu die „Beip. N. N.“, eine reichlich gesteigerte Empfindlichkeit auf Seiten der Regierung zu bedeuten. Denn man kann es doch den sächsischen Richtern wirklich nicht verdenken, wenn sie einmal gleich anderen Ständen für eine Gehaltserhöhung ihres Standes eine kräftige Agitation entfalten und wenn sie ferner eine so scharfe Kritik ihres Vorgehens, wie sie Dr. von Ritter als Vertreter der Regierung fällt, energisch zurückweisen. Die plötzliche Niederlegung des Ehrenvorsitzes des Vereins durch Justizminister Dr. von Otto muß jedenfalls bei den sächsischen Richtern eine Mißstimmung erwecken, die nicht ganz ungerechtfertigt erscheint.

Die Ministerverantwortlichkeit.

Gegenüber den Meldungen, daß weder der Reichskanzler noch ein anderes Bundesratsmitglied, wenn die Anträge auf ein Reichskanzler-Verantwortlichkeitsgesetz zur Beratung kommen, sich an dieser beteiligen werden, erklärt der Berliner Vertreter der „Frankf. Bzg.“, daß weder Fürst Bülow nicht tun. Er oder einer seiner Vertreter werde zu erkennen geben, daß die Frage der Ministerverantwortlichkeit eine ernste politische und staatsrechtliche Angelegenheit ist, aber die man sachlich beraten kann. Den Bundesrat stellt sie vor eine sehr ernste Entscheidung, sobald es sich zeigt, daß die Mehrheit des Reichstags sich auf bestimmte Vorschläge einigt. Im übrigen besteht bei den Parteien der bürgerlichen Linken nicht die Absicht oder das Bedürfnis, die Kritik, die an dem persönlichen Regiment oder dem Kaiser geübt worden ist, zu wiederholen. Daß aus den Anträgen etwas Großartiges hervorkommen wird, ist gleichwohl zweifelhaft genug, da innerhalb der Reichstagsparteien weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Und selbst wenn ein Antrag zur Annahme gelangen sollte, ist an eine Verfassungsänderung in absehbarer Zukunft kaum zu denken. Der Reichstag kann Initiativanträge einbringen und annehmen, ohne daß der Bundesrat geneigt ist, solchen Anträgen zuzustimmen. — Der Verfassungsausschuß der drei freimüthigen Fraktionen des Reichstags hat in einer Sitzung Stellung genommen zu der beantragten Verfassungsänderung. Treffen die darüber laut gewordenen Mitteilungen zu, dann ist es mit der Blockade vorbei, dann gehen konservative und liberale getrennte Wege. Für die Reichsfinanzreform würde dann ein Zusammenwirken der Konservativen und des Zentrums in Frage kommen.

Die erste Lesung der Reichsfinanzreform soll das Plenum des Reichstags noch bis in die neue Woche hinein beschäftigen, sodas der umfangreiche Gesetzentwurf mit seinen Steuerentwürfen etwa am 1. Dezember an die Kommission gehen wird. An eine besondere Kommission selbstverständlich und nicht etwa an die Budgetkommission, die ja ihre Hauptaufgabe, den Etat durchzubekommen, nicht erfüllen könnte, wenn sie sich auf die Vorbereitung der endlosen Finanzreformvorlage einlassen wollte. Die Kommission für die Finanzreform hat überhaupt eine ganz besonders schwierige Aufgabe zu lösen. Sie muß den mühevollen Versuch unternehmen, eine Verständigung zwischen den Parteien und zwischen diesen und der Regierung herbeizuführen. Die erste Lesung hat diesem Ziele so gut wie garnicht vorgearbeitet. Man hat immer

nur nein und nein, und so nicht und so nicht geblieben. Eine positive Fassung, hinter der eine Mehrheit stünde, ist überhaupt nicht vernommen worden. — Der neue Etat wird dem Reichstage am 1. oder 2. Dezember zugehen; am 7. Dezember soll seine erste Beratung im Reichstage beginnen. Das hohe Haus wird nach dieser Disposition erst später, als es sonst Gebrauch war, die Weihnachtsserien antreten.

Italien.

Der italienische Studentenstand in Wien wird durch das Verhalten des Böbels in verschiedenen italienischen Städten noch vergrößert, trotz der scharfen Weisung der Regierung, die Kundgebungen zu unterdrücken. Besonders arg ging es in Rom zu, wo bei einer Demonstration vor der österreichischen Botschaft die Tochter des Botschafters durch einen Splitter der eingeworfenen Fenster Scheibe verletzt wurde. Die Regierung sprach dem Botschafter ihr Beileid aus und entbot den Polizeikommissar, der die Angriffe auf die Botschaft nicht verhindert hatte, seines Amtes.

England.

Lord Roberts macht für seinen Plan, die englische Armee mit einem jährlichen Mehraufwand von 400 Millionen Mark auf einen dauernden Stand von einer Million Mann zu erhöhen, um gegen einen etwaigen Einfall Deutschlands geschützt zu sein, in ganz England Propaganda. Er hält nach seiner berühmten Rede im Oberhause in den verschiedensten Städten des Reiches Vorträge, in denen er die England von deutscher Seite drohende Kriegsgefahr in den erschrecklichsten Farben an die Wand malt. Die Autorität des Lords erhöht den Eindruck seiner Sprech-machereien. Es mehrt sich rapide die Zahl derer, die die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht fordern, um gegen eine deutsche Invasion gesichert zu sein. Ueber diese Tollheit schlägt man im ganzen Auslande die Hände über den Kopf zusammen. Man begreift nirgends, wie eine derartige Bewegung in England Fortschritte machen kann, nachdem soeben erst von den Rednern aller Parteien des deutschen Reichstags sowie von den deutschen Regierungsvertretern feierlich erklärt worden ist, daß Deutschland von den friedlichsten und freundschaftlichsten Gefühlen für England befeelt ist.

Verhafteter Anschlag auf die Zarin-Mutter?

Auf der russischen Station Pendery wurde kurz vor dem Eintreffen eines besonders wichtigen Eisenbahnzuges ein verdächtiger, mit einem Revolver bewaffneter Mann festgenommen, der sich der Verhaftung energisch widersetzte und dabei einen Polizeibeamten durch einen Revolverstoß tödlich verwundete. Der Verhaftete nennt sich Awotin und ist lettischer Herkunft. Ein Petersburger Blatt vermutet, daß es sich offenbar um den mißlungenen Versuch eines Attentats auf die Kaiserin-Witwe handelte, die zu dieser Zeit aus Kopenhagen zur Verlobung des Großfürsten Alexis eintraf.

Die Umwälzung auf dem Balkan.

Der erste Bandenkampf zwischen einer starken Abteilung serbischer Bewaffneter und einem bosnischen Streifkorps hat in der Nähe von Drina an der serbisch-bosnischen Grenze stattgefunden. Das Streifkorps verlor sieben Mann, die serbische Bande wurde vollständig aufgerieben. Das wäre für Serbiens Kriegsträume schon ein wenig glänzender Anfang. Man wird aber in Belgrad bald noch nachdrücklicher belehrt werden, daß man sich beim Spielen mit dem Feuer die Hände verbrennen kann. Auf Rußlands Hilfe ist nicht zu rechnen; denn der russische Duma wird schon in den nächsten Tagen eine Vorlage wegen Aufnahme einer auswärtigen Anleihe in Höhe von rund einer Milliarde Mark zugehen. Von Frankreich ist der Petersburger Regierung aber schon bedeutet worden, daß eine Realisierung dieser Anleihe nur möglich ist, wenn Rußland das Seinige zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan tut. — In der bulgarischen Sobranje erhob am Mittwoch ein Deputierter den Vorwurf, die Regierung habe den mazedonischen Unterstufungsfonds unrechten Zwecken zugeführt. Der Minister des Innern wies diese Anschuldigung zurück und verlangte die Ausschließung des Redners. Es kam zu einer wüsten Tumultszene. Die Gruppe der Agrarier verließ darauf drohend den Saal.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung vom 26. November.

Die Generaldebatte über die Finanzreform- und Steuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Speck (Zentr.): Noch nie habe eine Vorlage so viel Unwillen erregt, wie diese. In Bayern herrsche geradezu Entrüstung. Wieder soll der Konsum der breiten Massen die Hauptlast tragen. Man komme immer mit steuerlichen Vergleichen mit dem Auslande, reise aber dabei die Pfaffen aus dem Zusammenhange mit den übrigen Verhältnissen, in dem sie allein richtig verstanden werden können, heraus. Beispielsweise beginne in England die Einkommensteuer erst bei Einkommen von 3200 Mk., bei uns dagegen schon bei Einkommen von 900 Mk. Und gerade diese Massen mit 900 bis 3200 Mk. Einkommen würden von den Verbrauchssteuern am allerhöchsten betroffen (Sehr richtig!) Wenn es sich um Steuern handle, komme man mit dem Auslande; wenn es sich um Rechte handle, wolle die Regierung von Himmeln auf das Auslande nicht wiffen. Welche Rechte habe beispielsweise das englische Parlament, verglichen mit dem deutschen Reichstag! Dagegen seien die Angriffe, welche die Herren links gegen unsere Wirtschaftspolitik richteten, haltlos. Sie habe unserer Industrie genügt, wie die Ausführungen beweisen. Am System der Matricularbeiträge dürfe nicht gerüttelt werden. Denn die Einzelstaaten seien auf Gleich und Bredert mit dem Reiche verbunden und deshalb müßten sie auch finanziell interessiert bleiben. Der Schatzsekretär hätte daher seine Aufforderung an die Steuerzahler und beteiligten Gewerbe, ihr eigenmächtiges Interesse zurücktreten zu lassen hinter das Interesse der Allgemeinheit, in erster Linie an die Bundesstaaten richten müssen. Wenn die Bundesstaaten den Reichstag auflösen könnten, um Forderungen zu erzwingen, so dürften sich auch die Bundesstaaten nötigenfalls nicht vor dem Bezahlen drücken. Gegen die Einkommensteuer erhebt Bayern einmütigen Protest. Die Nachschaffsteuer ist ein Wadenjäger in neuer Auflage. Das Branntweinmonopol ist der erste Schritt zum sozialistischen Staat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Reich darf nicht zum Schnapsbändler gemacht werden. Warum erfahren wir nichts über den Sparfaktorenverlust des Reichskanzlers? Wir verlangen klipp und klar Antwort, wie und wo gespart werden soll. Noch immer besteht der Firtelgang der Uniformen, den man für den Kriegszustand bedecken muß. (Hört! Hört!) Die Lebensgewohnheiten unter dem ersten Kaiser waren wahrlich einfacher als jetzt nach dem Beispiel von oben. Die Kenntnisse und den Mannesmut Eugen Richters haben wir stets anerkannt. Seinen Ruf nach Sparsamkeit haben wir immer unterstützt. Man hat ihm ja ein Denkmal gesetzt. Der tote Eugen Richter konnte sich dagegen nicht wehren, sonst hätte er sich gestraubt gegen dieses Denkmal, gesetzt von Epigonen, die von seinen Wagnen so weit abgewichen sind. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf Schwerin-Ludow. (konf.): Wir halten neben der Besteuerung der alkoholischen Getränke auch eine ergänzende Besteuerung der alkoholfreien Getränke für angezeigt. Der größte Fehler der bisherigen Bedarfsrechnung war der, daß der Bedarf immer nur nach den jeweils nötigen Ausgaben berechnet wurde, also gewissermaßen unter der Voraussetzung, daß die Ausgaben unverändert blieben. Der neue Schatzsekretär verfährt in diesem Punkt richtiger. Seine Rechnung, daß 500 Millionen erforderlich seien, halten wir für nicht zu hoch gegriffen. Ein Teil des Ausfalles an Zuckerversteuerung infolge Abschaffung der Steuer auf 10 Mk. wird allerdings, wie ich glaube, durch den vermehrten Verbrauch wettgemacht werden. Die Anleihewirtschaft hat unserem ganzen Wirtschaftsleben ungeheuren Schaden zugefügt. Der durch diese Anleihewirtschaft entstandene Kursverlust beläuft sich, wenn man auch kommunale und landwirtschaftliche Papiere berücksichtigt, auf nicht weniger als 3 Milliarden Mark. Die Steigerung des Zinsfußes berechnete sich für unsere Landwirtschaft auf eine jährliche Mehrlast von 120 Millionen Mark. Einzelstaaten und Kommunen seien freilich mitschuldig, aber das Reich müsse doch mit autem Beispiel vorangehen, um mit dieser Wirtschaft aufzuräumen. Als Beifolge für das Verhalten der Konservativen erklärte Redner 1.: Die

in der Druckschrift aufgestellten Grundsätze größerer Sparsamkeit, härterer Schuldbentilgung, Vermeidung neuer Anleihen, außer für werbende Ausgaben, Scheidung der Reichs- und einzelstaatlichen Finanzen, finden unsere volle Billigung. 2.: Die Schaffung neuer Mehreinnahmen erscheint auch bei größter Sparsamkeit mit 500 Millionen eher zu niedrig als zu hoch bemessen, wenn man ganze Arbeit machen will. 3.: Wir sind mit der Vorlage der verbündeten Regierungen darin einig, daß die Danks des Bedarfs in der Hauptsache durch stärkere und planvolle Besteuerung des Luxus und Verbrauchs gedeckt werden kann und muß, wenn die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten und damit der liberale Charakter des Reiches gewahrt werden soll. 4.: Insofern durch den von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Ausbau der Verbrauchsteuern oder durch die Ergänzung der sonstigen indirekten Steuern der Mehrbedarf nicht voll gedeckt werden kann, lehnen wir zwar eine Heranziehung auch von Steuern auf Einkommen für einen Bruchteil des Bedarfs nicht ab. Wir können aber, abgesehen von dem Erb-recht des Staates und der Wehrsteuer, einer weiteren Besteuerung von Einkommen und Einkommen nur in der Form erhöhter Matricularbeiträge, wenn nötig, auch über 80 Pfg. pro Kopf der Bevölkerung hinaus, zustimmen, weil wir nur hierin die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten gewahrt sehen. Aus diesen Gründen und weil wir prinzipiell gegen die Ausdehnung der Schenkungssteuer auf Eheleute und Deszendenten sind, müssen wir die Nachschaffsteuer ablehnen. 5.: Wir werden die vorgeschlagenen und noch vorgeschlagenen Steuerprojekte in der Kommission ohne partielle Vorbehaltenheit durchberaten, um die Finanzreform, wenn auch mit großen Opfern, in einer den Interessen des Reiches entsprechenden Form zu Stande zu bringen. Von den Rednern der Linken ist angekündigt worden, die Bewilligung neuer Steuern abhängig zu machen von der Gewährung konstitutioneller Garantien und der Erfüllung anderer politischer Wünsche, die mit der Finanzreform gar keinen sachlichen Zusammenhang haben. (Hört! hört! rechts.) Ich muß gestehen, daß wir angesichts der Bedeutung, die das Zustandekommen oder Scheitern der Finanzreform für die ganze Zukunft des Reiches hat, ein solcher politischer Standpunkt geradezu unverfänglich ist. (Sehr wahr! rechts.) Wer würde denn von einem Scheitern der Finanzreform den größten Schaden haben, die Regierung oder das Volk? Die verbündeten Regierungen, die Minister würden ihre Schuldigkeit getan haben, vor dem Laube gerechtfertigt dastehen, und im übrigen ihre Gehälter weiter beziehen. Aber das Reich würde in seiner Sicherheit und in seinem Ansehen, das Land in seiner wirtschaftlichen Position einen tödlichen Schlag bekommen. Aber worauf sieht sich denn diese ganze politische Konstellation der Verkuppelung von politischen Wünschen mit der Finanzreform? Nur ganz allein auf die Annahme, daß diesen großen Schaden des Landes die verbündeten Regierungen nicht so leicht auf sich nehmen würden, als es der Reichstag tun würde, d. h. mit anderen Worten, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der verbündeten Regierungen für das Wohl des Landes größer sein würde als das des Reichstags. (Sehr gut! rechts.) Und wenigstens für mich und meine politischen Freunde weise ich diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück (Beifall bei Weifall), und ich meine und hoffe, daß auch der ganze Reichstag, namentlich diejenigen Parteien, die Anspruch machen, auf nationalem Boden zu stehen und die Interessen des Landes über die Interessen ihrer Partei zu stellen, den gleichen Standpunkt einnehmen. (Beifall bei Weifall.) Man haben ja zu meiner großen Freude die Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen und Kopisch diesen „Ruhhandel“, wie Dr. Müller-Meinungen, und diese „Eupressionspolitik“, wie noch richtiger Kopisch sie nannte, entschieden abgelehnt; aber das nötigt mich doch, namens meiner politischen Freunde mit aller Entschiedenheit zu erklären (Brummen Singers), daß uns die Wiederaufnahme dieser Politik den Boden für eine sachliche Verständigung über die Reichsfinanzreform vollkommen entziehen würde. (Hört, hört!, Zustimmung rechts), und daß wir es entschieden ablehnen müßten, auf dieser Basis überhaupt eine Verständigung mit diesen Herren zu